

## Presseinformation

Nr. 235 / 2014

Kiel, Donnerstag, 22. Mai 2014

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Hochschule / Lehrerbildung

### Christopher Vogt: Der Ministerpräsident muss mehr Vernunft und weniger Ideologie wagen

Zur Pressekonferenz von verschiedenen Lehrerverbänden zum Lehrerbildungsgesetz erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Kritik der Verbände am Gesetzentwurf der Landesregierung lässt an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig: Die von der Landesregierung geplante Lehrerbildung geht am Bedarf vorbei, die fachliche Qualität wird leiden, die Besoldungsfrage ist weiterhin unklar – dies sind nur einige der vorgebrachten Kritikpunkte. Darüber hinaus hat die Landesregierung bis heute noch nicht nachvollziehbar erklären können, wie angehende Lehrerinnen und Lehrer in einer Gemeinschaftsschule ohne Oberstufe in ihrer Referendariatszeit vernünftig auf die Zusammenarbeit mit Oberstufenschülern vorbereitet werden können. Dieses Problem ist allerdings grundsätzlicher bzw. struktureller Natur – es lässt sich nur ausräumen, wenn die Koalition zur Vernunft kommt und auf den ‚Einheitslehrer‘ verzichtet.

Zugleich wurde noch einmal verdeutlicht, dass Frau Wendes Vorschlag nicht die richtige Antwort auf die Veränderungen in Schleswig-Holsteins Schulsystem sein kann. Es ist logischerweise keine Anpassung an das bestehende Schulsystem, wenn wir zwei weiterführende Schularten haben, aber nur einen Lehrertyp hierfür ausbilden. Vor diesem Hintergrund zu behaupten, mit der von Frau Wende geplanten Änderung des Lehrerbildungsgesetzes werde der Änderung der Schulstruktur Rechnung getragen, heißt faktisch, die schulische Realität auszublenden oder eine weitere Schulstrukturreform vorbereiten zu wollen, bei der die erfolgreiche Schulform Gymnasium abgeschafft werden soll. Die Stärke der Gymnasiallehrausbildung war und bleibt die forschungsnahe Ausbildung. Dabei muss es auch in Zukunft bleiben.

Abseits der Diskussionen über die aktuelle Selbstbegünstigungsdebatte und das miserable parlamentarische Einbringungsverfahren durch die Landesregierung wird immer deutlicher, wie handwerklich schlecht der Gesetzentwurf tatsächlich ist. Dass der SSW meint, nun persönliche Attacken auf den Vorsitzenden des Philologenverbandes reiten zu müssen, offenbart letztlich nur, wie blank die Nerven bei den Koalitionären mittlerweile liegen und dass ihnen die sachlichen Argumente für ihr eigenes Gesetzesvorhaben ausgegangen sind. Wer immer wieder eine Sachdebatte anmahnt und dann auf sachliche Kritik mit polemischer Dünnbrettbohrerei antwortet, disqualifiziert sich selbst.

Wir bleiben dabei: Die Landesregierung muss die immer größer werdende inhaltliche Kritik an ihrem Entwurf endlich ernstnehmen und handeln. Das bedeutet, dass sie einen kompletten Neustart für das Lehrerbildungsgesetz und einen echten Dialog ermöglichen muss. Anders kann diese elementare bildungspolitische Frage nicht vernünftig nachhaltig gelöst werden. Die FDP-Fraktion ist zu einer sachlichen Diskussion hierüber bereit. Eine solche Diskussion erfordert jedoch auch Zeit. Schnellschüsse auf handlich schlechter Grundlage würden unserem Bildungssystem massiven Schaden zufügen. Der Ministerpräsident muss mehr Vernunft und weniger Ideologie wagen.“